

Bürger nicht gängeln

FW-Antrag zu Sanierungsgebieten zurückgestellt

BUBENREUTH – Die Freien Wähler in Bubenreuth haben durch einen Antrag an den Bürgermeister versucht, Leitsätze für die vorgesehenen städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen festzulegen. Diese Leitsätze wurden zwar im Gemeinderat begrüßt, doch ist der Antrag erst einmal zurückgestellt worden.

Die Freien Wähler können sich nicht damit anfreunden, dass die Gemeinde zwei Gebiete in Bubenreuth als Sanierungsgebiete ausweisen möchte. Sie wollen nun aber zumindest erreichen, dass die Gemeinde die laut Baugesetzbuch mögliche Erhebung von personengebundenen Daten für die vorbereitenden Untersuchungen, wie zum Beispiel persönliche Lebensumstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, zumindest einschränkt. Darum fordern sie in ihrem Antrag, nur die „Daten zur Sanierungsbedürftigkeit und Mitwirkungsbereitschaft“ zu erheben.

Vereinfachtes Verfahren

Zudem fordern sie unter anderem, dass nicht das umfassende Sanierungsverfahren, sondern das laut Baugesetzbuch mögliche vereinfachte Verfahren unter Ausschluss der besonderen bodenrechtlichen Vorschriften durchgeführt wird. Beim umfassenden Sanierungsverfahren hätte die Gemeinde die Möglichkeit, zur Finanzierung einen Ausgleichsbetrag vom Eigentümer zu erheben, „der durch die Sanierung bedingten Erhöhung des Bodenwerts seines Grundstücks entspricht“. Beim vereinfachten Verfahren gibt es diese Beteiligung der Bürger nicht.

Außerdem möchten die Freien Wähler mit ihrem Antrag erreichen, dass

jeder Eigentümer selbst entscheiden kann, ob seine Immobilie oder Fläche in das Sanierungsgebiet mit aufgenommen wird. Mit dem Antrag wolle man „eine Schadensbegrenzung“ für den Bürger erreichen, erläuterte Wolfgang Seuberth den Antrag. Vor allem lehne er es ab, dass es einen Grundbucheintrag gebe, wenn ein Grundstück im Sanierungsgebiet liegt.

Lob der Grünen

Christian Dirsch (Grüne) lobte den Antrag der Freien Wähler ausdrücklich, weil er seiner Meinung nach „zum Verständnis beiträgt“. Auch Bürgermeister Norbert Stumpf betonte, er sei „vollkommen dabei, wenn man das Verfahren so durchzieht, wie in dem Antrag formuliert“. Allerdings sei es gesetzlich nicht möglich, jeden Bürger selbst entscheiden zu lassen, ob seine Immobilie in das Sanierungsgebiet aufgenommen werde. Zunächst einmal wolle man von den Bürgern wissen, ob sie überhaupt mitmachen wollen. „Wir wollen den Bürgern dazu helfen, dass sie ihre Häuser sanieren können und dafür Fördergelder bekommen“.

Stumpf wies auch darauf hin, dass „alle drum herum“, nämlich zum Beispiel Kalchreuth, Uttenreuth, Herzogenaurach und Weisendorf, bereits Sanierungsgebiete ausgewiesen hätten. Die langwierige Diskussion wurde schließlich durch einen Geschäftsordnungsantrag von Johannes Karl (SPD) beendet. Karl beantragte, den Antrag der Freien Wähler zurückzustellen. Das wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen sind inzwischen für rund 61 000 Euro an ein Ingenieurbüro vergeben worden. Das wird auch



Bereits am Tag der Städtebauförderung hatte Bubenreuth umfangreich über die Planungen und die Sanierungsgebiete, wie hier in der Geigenbauersiedlung, informiert.
Foto: Klaus-Dieter Schreitef

einen Fragebogen ausarbeiten, der nach Abstimmung mit der Gemeinde an die Bürger in den betroffenen Gebieten verschickt wird.

Inzwischen scheint aber auch ein Bürgerbegehren „Städtebauförderung ablehnen. Stopp für Sanierungsgebiet“ zumindest geplant zu sein. Die *Erlanger Nachrichten* sind darüber von den drei gewählten Vertretern dieses Bürgerbegehrens durch eine Presseinformation informiert worden. Wie Bürgermeister Stumpf den *EN* auf Anfrage mitteilte, habe er

bereits ein Gespräch mit den drei Vertretern geführt. Eine Fragestellung zu dem Bürgerbegehren gebe es aber noch nicht, eine Unterschriftenliste habe er noch nicht erhalten. Stumpf sagte, er habe den Vertretern des Bürgerbegehrens erläutert, dass nur das vereinfachte Verfahren infrage komme, und dass die Gemeinde auch keinen Grundbucheintrag erwirken wolle. Das allerdings müsse der Gemeinderat noch beschließen. Man wolle vor allem erreichen, dass die Bürger in den Genuss von steuerlichen Vortei-

len und Fördergeldern bei einer Sanierung kommen können. Darauf würden die jungen Menschen in Bubenreuth schon längst warten.

Er habe den Vertretern des Bürgerbegehrens zudem angeboten, mit ihnen eng zusammenzuarbeiten. Inzwischen aber habe sich einer der drei Vertreter zurückgezogen. Einer von ihnen hat den *EN* inzwischen auch telefonisch bestätigt, dass das Bürgerbegehren derzeit nicht weiter vorangetrieben wird.

KLAUS-DIETER SCHREITEF